

Vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis in die 1990er Jahre hat sich das internationale System in seinem Grundmuster kaum verändert. Erst mit der Überwindung des Ost-West-Konflikts kam ein weit- und tiefreichender Transformationsprozess in Gang. Mit diesem Prozess wurden Befürchtungen und Hoffnungen verknüpft, die sich indes allesamt als trügerisch erwiesen. Denn weder war der Umbruch der Beginn einer Phase anarchischer Weltumordnung mit überbordenden Konflikten und nicht mehr domestizierbarem Gewaltpotenzial. Noch gelang es, die Entwicklung im Sinne jener zu gestalten, die die Zeit für die Schaffung einer Weltrepublik im Anschluss an Kants Gedanken zum »ewigen Frieden« gekommen sahen.

In Europa löste sich mit dem Konfliktende die von den beiden Militärblöcken in vier Jahrzehnten zu einem komplexen System ausgebaute Ordnung auf. Zunächst schien es, als sei dadurch der Anfang für ein neues multilaterales und kooperatives Sicherheitssystem gesetzt. Im November 1990 wurde auf dem KSZE-Sondergipfel von Paris eine »Charta für ein neues Europa« unterzeichnet. Das Abkommen knüpfte am KSZE-Prozess an, der seit 1973 das entscheidende Forum aller west-östlichen Friedens-, Stabilitäts- und Rüstungskontrollbemühungen gewesen war. In der Charta verpflichteten sich die Unterzeichner aus West und Ost zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenrechte sowie zur Förderung freundschaftlicher Beziehungen untereinander und statteten den KSZE-Prozess mit neuen Strukturen und Institutionen aus.

Dass dieser vielversprechende Anlauf Europa einer umfassenden und tragfähigen Friedensordnung nicht näherbrachte, sondern dieses Thema alsbald von der politischen Tagesordnung verschwand, hat viele Gründe, darunter die Schwäche Russlands in der Jelzin-Phase, der Expansionismus der NATO, der Unilateralismus der USA, die Unentschlossenheit der EU. Die zunehmenden Schwierigkeiten bei der kooperativen Bearbeitung und multilateralen Bewältigung von Regionalkonflikten, zudem Entwicklungen wie zuletzt im Kosovo und in Georgien sowie die Probleme bei der

Konsensfindung über Rüstung und Rüstungskontrolle signalisieren neue Disparitäten und Asymmetrien in den Beziehungen zwischen Europa und Russland, aber auch zwischen Russland und den USA. Mit der Zahl und Intensität akuter Konflikte wachsen Eskalationsgefahren. Es kommt immer häufiger vor, dass Sachverhalte und Entwicklungen von den EU-Staaten und Russland unterschiedlich wahrgenommen werden, das klassische Sicherheitsdilemma. Die existierenden Vertragswerke und institutionellen Mechanismen zur Bearbeitung solcher Wahrnehmungsasymmetrien erweisen sich indes als immer weniger wirksam und zeitgemäß.

Es gibt ein verbreitetes Unbehagen über diese Situation, sowohl auf Seiten der staatlichen als auch der zivilgesellschaftlichen Akteure. Es gibt auch diverse Ideen und Vorschläge von unterschiedlicher Reichweite und Provenienz, um den Frieden in Europa sicherer zu machen. Die bislang am weitesten reichende politische Initiative unternahm der russische Präsident Medwedew, der nicht nur eine Debatte über Konzepte und Implementierungsschritte einer neuen europäischen Friedensordnung anregt, sondern nicht weniger als eine Neuauflage der Helsinki-Phase des KSZE-Prozesses einschließlich der Aushandlung eines umfassenden Sicherheitsvertrages, für den die russische Seite einen Entwurf vorgelegt hat.

Die großen Veränderungen der internationalen Konstellation sowie die Frage, welche Anforderungen sich daraus für ein kooperatives Sicherheitssystem in Europa herleiten, das diesen Wandlungsprozessen angemessen Rechnung trägt, wurden auf Einladung dieser Zeitschrift in Koordination mit der russischen Zeitschrift »Vestnik Analytiki« im vergangenen Jahr im Rahmen eines prominent besetzten Workshops analysiert. Beteiligt waren hochrangige Vertreter des Auswärtigen Amtes, des Außenministeriums der russischen Föderation sowie Parlamentarier, Diplomaten und Experten aus West- und Osteuropa, den USA und Russland. Die Beiträge von Karsten D. Voigt, Rolf Mützenich, Segej Kortunow und Peter W. Schulze in der vorliegenden Ausgabe von INTERNATIONALE POLITIK UND GESELLSCHAFT sind mit Blick auf diese Veranstaltung entstanden.

Auf dem Workshop wurde u. a. deutlich, dass sowohl aus russischer als auch aus westlicher Sicht das russische Modernisierungsprojekt für die Erfolgsaussichten einer neuen Europäischen Friedensordnung von strategischer Bedeutung ist. Im Februar dieses Jahres hat nun das dem russischen Präsidenten nahestehende Institut für moderne Entwicklung (INSOR) eine Studie veröffentlicht, die eine Vision für Russland im

21. Jahrhundert entwickelt und die in Russland kontrovers diskutiert wird. Die Autoren unter Leitung von Igor Jurgens und Ewgenij Gontmacher plädieren darin für weitreichende Reformen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, darunter die Zulassung politischer Konkurrenz, die Stärkung partizipativer Strukturen und der Umbau des Sicherheitsapparats. Außenpolitisch wird sogar der russische Beitritt zur NATO und EU als ernsthaft zu diskutierende Option thematisiert. Dass die INSOR-Vorschläge auch außerhalb Russlands auf großes Interesse stoßen, zeigte sich nicht zuletzt auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung im März 2010, auf der INSOR-Vertreter ihr Reformprojekt erstmals außerhalb Russlands zur Diskussion stellten. INTERNATIONALE POLITIK UND GESELLSCHAFT präsentiert in dieser Ausgabe exklusiv eine deutsche Version der Reformvorschläge des russischen Instituts.

Komplementär zum Schwerpunktthema unternimmt Regina Frey eine kritische Rekonstruktion der konzeptionellen Grundlagen von Gender Budgeting. Praktische Erfahrungen mit Gender Budgeting in Österreich sichtet eine Autorinnengruppe unter Beteiligung von Elisabeth Klatzer, der Gender-Mainstreaming-Beauftragten im österreichischen Bundeskanzleramt. Ein weiterer Beitrag dieser Ausgabe ist der stets aktuellen Klimaproblematik gewidmet: Jochen Luhmann unterzieht die politischen Strategien einer kritischen Würdigung, mit denen eine post-fossile Industriegesellschaft erreicht werden soll.